



# LIECHTENSTEINER Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN - TAGBLATTVERBUND - TEL. +423 236 16 16 - [www.vaterland.li](http://www.vaterland.li)

#näher  
dran  
Diese Woche: Schaan

**Drei Generationen Torhüter**  
Hans, Martin und Steve Heeb  
haben das Fussball-Einmaleins  
beim FC Schaan gelernt. 17

**Overdose Music Festival**  
Zusammen mit Jugendlichen hat die  
Offene Jugendarbeit ein Open Air in  
Schaan organisiert. 15

14. 1. AUGUST 2022, VADUZ  
**Entenrennen**  
RIDAMM CITY 2022

## 600 Millionen Euro gegen Hunger

Die EU-Kommission will 600 Millionen Euro gegen drohende Ernährungs-krisen infolge des russischen Kriegs gegen die Ukraine bereitstellen. «Mit diesen Mitteln werden afrikanische, karibische und pazifische Staaten unterstützt», teilte die Brüsseler Behörde am Dienstag mit. Voraussetzung dafür ist die Zustimmung der EU-Staaten. Die Mittel sind für drei Bereiche gedacht: humanitäre Hilfe, Unterstützung der Nahrungsmittelproduktion und Makrofinanzhilfe. Konkret soll das Geld dem Treuhandfonds des IWF für Armutsbekämpfung und Wachstum zugutekommen. «Russland blockiert noch immer Millionen Tonnen dringend benötigtes Getreide», sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Die Ukraine ist einer der wichtigsten Weizenproduzenten der Welt. Die EU wirft Russland vor, durch den Angriffskrieg gegen die Ukraine Preise in die Höhe zu treiben, wodurch Hungersnöte weltweit verschlimmert werden können. (dpa/red)

## Sapperlot

**Umweltfragen lösen wir oft naiv.** Immer mehr Einwohner und Unternehmen in Liechtenstein erwerben zum Beispiel Elektroautos. Das EU-Parlament will ab dem Jahr 2035 gar Autos mit fossiler Energie verbieten. Die Kosten für ein «grünes» Europa tragen aber derzeit nicht wir. Elektromotoren benötigen Rohstoffe. Im Kongo schürfen Erwachsene und Kinder unter sklavenähnlichen Bedingungen Kobalt ab – täglich sterben Menschen in den Minen. Durch den Lithiumabbau in Südamerika verliert die indigene Bevölkerung Trinkwasserreserven. Liegt nun die Lösung etwa darin, keine Elektroautos zu kaufen und zuzuwarten, bis der Abbau menschenwürdiger und umweltschonender ist? Das soll jeder für sich entscheiden. Eine Antwort, die man häufig auf Umweltfragen hört, würde aber zu kurz greifen: «Irgendetwas müssen wir ja machen.» Das ist dann leicht gesagt, wenn nicht die Kosten für unsere Massnahmen zu tragen haben. *Damian Becker*



# Ohne 2G drohen Schliessungen

Bei einem Nein zum 2G-Gesetz müsste die Regierung im Notfall wieder Betriebsschliessungen anordnen.

Elias Quaderer

Auch wenn seit Monatsbeginn die Fallzahlen wieder steigen: Neben dem Ukraine-Krieg und Inflation scheint die Coronapandemie allmählich in Vergessenheit zu geraten. Doch Politiker und Gesundheitsexperten blicken bereits mit Sorgen auf den kommenden Herbst. Denn die letzten zwei Jahre haben gelehrt, dass auf den Beginn der kälteren Jahreszeiten auch stets neue Infektionswellen folgten. Um auf einen möglichen «Coronaherbst» vorbereitet zu sein, verabschiedete Liechtensteins Regierung gestern eine Vorlage zur Abänderung des Gesundheitsgesetzes. Es soll eine rechtliche Grundlage geschaffen werden, um nötigenfalls die 2G-Regel wieder einführen zu können. Dieses Gesetz ist notwendig geworden, nachdem der Staatsgerichtshof im Mai entschieden hatte, dass für die 2G-Regelung bislang keine genügende gesetzli-

che Grundlage vorhanden ist. Damit war die Massnahme gesetzes- und verfassungswidrig. Allerdings: Die Verhältnismässigkeit der 2G-Regel stellte der Gerichtshof nicht infrage.

### Sorge wegen Regelungsgefälle: Regierung drückt aufs Gas

Der Entscheid des Staatsgerichtshofs brachte die Regierung in eine schwierige Situation: Seit Beginn der Pandemie ist sie darum bemüht, kein Regelungsgefälle mit der Schweiz zu riskieren. Wie sollte das Land aber nun reagieren, wenn die Schweiz erneut eine 2G-Pflicht einführt? Um diese Rechtsunsicherheit zu beseitigen, drückt die Regierung aufs Gas: Am 29. Juni wird der Landtag in einer Sondersitzung die Vorlage für das 2G-Gesetz abschliessend behandeln. Bis wann das Gesetz in Kraft treten soll, ist gemäss dem Gesellschaftsministerium «vom Entscheid des

Landtags abhängig». Aber das Ministerium gibt sich zuversichtlich, dass es noch rechtzeitig in Kraft tritt, um auf eine mögliche neuen Coronawelle notfalls mit 2G reagieren zu können.

### Werden Massnahmegegner das Referendum ergreifen?

Im Landtag dürfte die Vorlage eine Mehrheit finden. Aber sollten die Abgeordneten nicht bereits von sich aus entscheiden, das Gesetz dem Stimmvolk vorzulegen, ist ein Referendum absehbar. Das Gesellschaftsministerium meint zwar, dass «über ein mögliches Referendum an dieser Stelle nicht spekuliert werden soll». Aber bereits nach dem Entscheid des Staatsgerichtshofs brachen die Massnahmegegner in Siegesgeheul aus. Die Möglichkeit per Volksabstimmung gegen das 2G-Gesetz ins Feld zu ziehen, wird sich diese Szene nicht entgehen lassen wollen. Bevor aber die

Massnahmegegner beginnen Unterschriften zu sammeln, sollten sie sich überlegen, was ein Nein zum 2G-Gesetz bedeutet. «Ohne diese Grundlage müsste Liechtenstein bei einer Wiedereinführung der 2G-Regelung in der Schweiz und Österreich Gastronomiebetriebe sowie andere öffentlich zugängliche Einrichtungen wieder schliessen, um ein Regelungsgefälle in der Region zu verhindern», erklärt die Regierung in einer Pressemitteilung. Während also Geimpfte und Genesene in der Schweiz weiterhin Restaurants besuchen könnten, wären in Liechtenstein alle Lokale geschlossen, für die im letzten Winter die 2G-Pflicht galt. Sämtliche Covid-Regelungen im Land aufzuheben, wäre in einer solchen Situation hingegen nicht möglich. Denn auch der Staatsgerichtshof hielt in seinem Urteil fest, dass ein Abweichen von der Schweizer Coronapolitik «gar nicht praktikabel gewesen» wäre.

## 50 Jahre IBK: Die Sommertournee Liechtenstein ist eröffnet



Anlässlich des grossen Jubiläums der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK) unternimmt die Wanderausstellung «Grenzenlos» eine Sommertournee durch alle zehn Mitgliedsländer und -kantone. Mit der gestrigen Vernissage auf dem Peter-Kaiser-Platz hat die Jubiläumswoche in Liechtenstein begonnen. 5 Bild: Daniel Schwendener

## Tote durch Beschuss des Gebiets Charkiw

In der Region Charkiw, das in der Ostukraine liegt, sind durch russische Angriffe 15 Menschen getötet worden. Es wurden 16 weitere verletzt, wie der Gouverneur des Gebiets Oleh Synjehubow am Dienstag im Nachrichtendienst Telegram mitteilte. Demnach gab es in der Metropole Charkiw durch russischen Raketenbeschuss vier Tote und elf Verletzte. Drei Zivilisten wurden den Angaben zu Folge nahe der russischen Grenze in Udy und ein achtjähriges Mädchen in Besruky bei Derhatschi getötet. In Tschuhujiw südöstlich von Charkiw starben am Abend sechs Menschen durch russischen Beschuss, drei wurden verletzt. Die Angaben lassen sich nicht unabhängig prüfen. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs vor rund vier Monaten haben die Vereinten Nationen über 4500 getötete Zivilisten in der Ukraine registriert. Die UN geht aber von Kiew von weitaus höheren zivilen Opferzahlen aus. (dpa/red)

